

Zwischen der



FREIEN HANSESTADT BREMEN,

vertreten durch die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration

und der

ArBiS Bremen, Schwarzer Weg 92, 28239 Bremen

wird folgende

Vereinbarung nach § 125 SGB IX Abs. 1, in Verbindung mit § 58 SGB IX

geschlossen:

1. Gegenstand

1.1 Gegenstand dieser Vereinbarung sind Leistungen, welche ArBiS Bremen, Schwerzer Weg 92, 28239 – im folgenden Leistungserbringer genannt – für wesentlich seelisch behinderte Erwachsene mit einem Hilfeanspruch nach § 99 SGB IX in Verbindung mit § 53 SGB XII und § 3 der Verordnung zu § 60 SGB XII, in der am 31. Dezember 2019 geltenden Fassung, erbracht werden. Die Leistungserbringung erfolgt auf der auf der Grundlage von § 90 SGB IX in Verbindung mit § 111 Abs. 1 Nr. 2 SGB IX und den §§ 60, 62 SGB IX.

1.2 Diese Vereinbarung bestimmt Näheres zur Leistung, ihrer Vergütung und ihrer Prüfung. Der Leistungstyp „Leistungen im Arbeitsbereich für Menschen mit Behinderungen bei einem Anderen Leistungsanbieter gemäß § 111 (2) Nr. SGB IX in Verbindung mit. § 60 SGB IX“ (Anlage 1) und das Kostenträgerblätter (Anlage 2) sind Bestandteil dieser Vereinbarung. Im Übrigen finden die Regelungen des Bremischen Landesrahmenvertrages nach § 131 Abs. 1 SGB IX (BremLRV SGB IX) in Verbindung mit seinen Anlagen in der aktuellen Fassung Anwendung.

2. Leistung

2.1 Die Leistungen werden auf der Grundlage der derzeit gültigen fachlichen Standards und Bestimmungen sowie der vereinbarten personellen Ausstattung erbracht. Inhalt, Umfang und Qualität der Leistungen sind so zu gestalten, dass eine bedarfsgerechte Hilfe im Einzelfall gewährleistet ist. Die Leistungen müssen ausreichend und zweckmäßig sein und dürfen das Maß des Notwendigen nicht überschreiten. Näheres zu Art, Inhalt und Umfang sowie Qualität der Leistung ist in

der Anlage 1 zu entnehmen. Zudem gilt das trägerindividuelle Konzept vom August 2021. - vgl. Anlage 3.

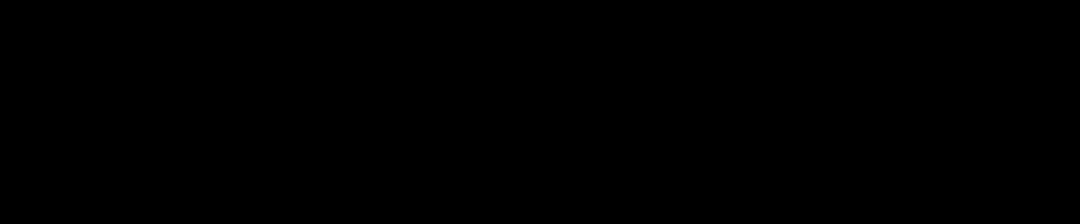
2.2 Der Leistungserbringer verpflichtet sich nur Personal einzusetzen, das entsprechend der Ziffer 5.1 der Leistungstypenbeschreibung, persönlich geeignet ist.

2.3 Der Leistungserbringer verpflichtet sich, die Bestimmungen des Mindestlohngesetzes für das Land Bremen (Landesmindestlohngesetz) in seiner jeweils gültigen Fassung zu beachten und seine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht unterhalb des Landesmindestlohns zu vergüten.

2.4 Dieser Vereinbarung liegt eine Anzahl von 12 Plätzen zugrunde. Diese sind vorrangig für bremische Leistungsberechtigte vorzuhalten.

2.5 Auf Basis der 12 Plätze ergeben sich für die zu erbringenden Assistenzleistungen insgesamt [REDACTED] Vollzeitstellen für das Unterstützungspersonal, die Fachliche Leitung / Koordination und die übergreifenden Fachdienste. Hierbei wird für die Fachliche Leitung / Koordination mit einem Personalschlüssel von [REDACTED] kalkuliert

2.6 Die unter Punkt 2.5 genannten [REDACTED] Vollzeitstellen setzen sich gemäß der Kalkulation (siehe Anlage 3) aus folgenden Personalmix zusammen:



2.8 Zur Vergütung der Mitarbeitenden wird der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV L) mit entsprechender Entgelttabelle mit dem Stand 01.02.2025 angewendet. Zu den Bestandteilen gehören insbesondere die sich aus dem Tarifvertrag ergebenden Entlohnungsansprüche wie die Grundvergütung, einschließlich Entgeltbestandteile, die an die Art der Tätigkeit, Qualifikation und Berufserfahrung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anknüpfen, Einmalzahlungen, Jahressonderzahlung, Urlaubsansprüche, Zulagen und Zuschläge unter Mindesteinhaltung der jeweiligen Erfahrungsstufen sowie die Einhaltung der Eingruppierungsgrundsätze des Tarifvertrags.

2.8 Die durchschnittlichen Arbeitgeberbruttojahreskosten für die Geschäftsführung betragen/Verwaltung [REDACTED] für die Verwaltung und Akquise [REDACTED], für den Handwerksmeister (fachliche Leitung) betragen sie [REDACTED] für die leitende Ergotherapeutin [REDACTED], für das Fachpersonal zur Arbeits- und Berufsförderung [REDACTED] für den begleitenden Dienst [REDACTED] und für den Psychologen [REDACTED]. Die Unterstützung erfolgt überwiegend durch mindestens dreijährig ausgebildete Fachkräfte, wie z.B. Pflegefachkräfte, Ergotherapeuten:innen, sowie Mitarbeitende mit einer vergleichbaren Qualifikation. Der Anteil angelernter und angeleiteter Nichtfachkräfte sowie von Mitarbeitenden mit ein- der zweijähriger fachbezogener Ausbildung soll 20% nicht überschreiten. Die Berechnungsgrundlagen ergeben sich aus den Kalkulationsunterlagen (Anlage 2). Die Arbeitgeberbruttojahreskosten werden vom Leistungserbringer prospektiv, unter

Bezugnahme auf das bereits vorhandene Personal, sowie unter Berücksichtigung notwendiger Neueinstellungen und voraussichtlicher Personalabgänge, berechnet.

3. Leistungsentgelt

3.1 Zur Abgeltung der Leistungen nach Ziffer 2 wird folgende Vergütung pro Leistungsempfänger und Leistungstag/Arbeitstag vereinbart (Kalkulationsbasis 252 Arbeitstage):

Die Gesamtvergütung beträgt

a) für den Zeitraum von **01.11.2025 bis 31.10.2026** monatlich **€ 1.183,90** davon entfallen

- auf die **Grundpauschale** **€ 223,02** monatlich,
- auf die **Maßnahmepauschale** **€ 814,69** monatlich und
- auf den **Investitionsbetrag** **€ 146,19** monatlich.

Erfolgt die Belegung nur für einen Teil des Monats beträgt die Gesamtvergütung arbeitstäglich **€ 56,38** davon entfallen

- auf die **Grundpauschale** **€ 10,62** arbeitstäglich,
- auf die **Maßnahmepauschale** **€ 38,79** arbeitstäglich und
- auf den **Investitionsbetrag** **€ 6,96** arbeitstäglich.

Die Berechnungsgrundlage zur Ermittlung der oben genannten Pauschalen ist den beigefügten Kostenträgerblättern (Anlage 2) zu entnehmen. Die dem Entgelt zugrundeliegenden Bedingungen zur Personalaustattung sind der Anlage 1 (Leistungstyp) zu entnehmen.

3.2 Die Vergütung ist nur abrechenbar, wenn eine entsprechende Zusicherung der Übernahme der Vergütung des zuständigen Sozialhilfeträgers im Einzelfall vorliegt.

Die Vergütung erfolgt auf der Basis von 252 Arbeitstagen. Es wird nach Belegungsmonaten vergütet, wird die Leistung aber nur für einen Teil des Monats in Anspruch genommen (z.B. Aufnahme/Beendigung), erfolgt die Abrechnung nach tatsächlich in Anspruch genommenen Tagen im Monat.

Bei Arbeitsunfähigkeit infolge von Krankheit kann die o. g. Vergütung weiter abgerechnet werden, solange Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall nach § 3 des Entgeltfortzahlungsgesetzes besteht (grundsätzlich sechs Wochen mit bedingter Verlängerung um höchstens weitere sechs Wochen bei erneuter Arbeitsunfähigkeit infolge derselben Krankheit)

Bei unentschuldigtem Fehlen ist die Vergütung für bis zu zwei zusammenhängende Wochen weiterhin abrechenbar.

Beschäftigte mit besonders vielen Fehlzeiten werden im Teillhabe- und Gesamtplanverfahren einzelfallbezogen beraten und entschieden, ob eine Beendigung des arbeitnehmerähnlichen Beschäftigungsverhältnisses zu erfolgen hat. Bei Einstellung

der Vergütungszahlung aufgrund vorübergehender Abwesenheiten besteht das Beschäftigungsverhältnis weiterhin.

3.4 Für Beschäftigte, deren regelmäßige vertragliche Arbeitszeit 26 Stunden oder weniger beträgt, wird eine Teilzeitvergütung vereinbart. Sie ergibt sich aus der um 18% reduzierten Maßnahmepauschale aus Ziffer 3.1, die anderen Vergütungsbestandteile bleiben unverändert.

Die Gesamtvergütung für eine Teilzeitbeschäftigung beträgt

a) für den Zeitraum von 01.11.2025 bis 31.10.2026 monatlich € 1.037,22 davon entfallen

- auf die **Grundpauschale** € 223,02 monatlich,
- auf die **Maßnahmepauschale** € 668,01 monatlich und
- auf den **Investitionsbetrag** € 146,19 monatlich.

Erfolgt die Belegung nur für einen Teil des Monats beträgt die Gesamtvergütung arbeitstäglich € 49,39 davon entfallen

- auf die **Grundpauschale** € 10,62 arbeitstäglich,
- auf die **Maßnahmepauschale** € 31,81 arbeitstäglich und
- auf den **Investitionsbetrag** € 6,96 arbeitstäglich.

4. Vereinbarungszeitraum

4.1 Diese Vereinbarung gilt für die Zeit ab 01.11.2025 bis zum 31.10.2026.

4.2 Zur vollständigen oder teilweisen Änderung oder Aufhebung der Vereinbarung bedarf es einer schriftlichen Kündigung unter Einhaltung der unter 4.1 bestimmten Mindestlaufzeit und einer Kündigungsfrist von mindestens 6 Wochen für die Entgeltvereinbarung bzw. von mindestens 3 Monaten für die übrigen Bestandteile des Vertrages.

4.3 Bei Neuabschluss des TV-L, kann diese Vereinbarung zum Ende des Monats, in dem der Neuabschluss erzielt wurde, von jeder Vertragspartei ohne Einhaltung einer Frist, zum Zwecke der Anpassung durch Neuverhandlung der Personalkosten, gekündigt werden. Aufgrund des Tarifabschlusses veränderte Personalkosten sind mit geeigneten Nachweisen zu belegen. Ist ein pauschalierter Satz zur Steigerung der Personalkosten vereinbart, kommt dieser ohne Nachweise zur Anwendung.

4.4 Für den Fall, dass Leistungs- und Vergütungsfaktoren bzw. -strukturen durch gesetzliche oder landesrahmenvertragliche Neuerungen wesentlich verändert werden, kann diese Vereinbarung von jeder Vertragspartei ohne Einhaltung einer Frist zum Zwecke der Anpassung durch Neuverhandlung gekündigt werden. Bis zum Abschluss einer Neuverhandlung gelten die bisherigen Regelungen weiter.

5. Prüfungsvereinbarung

Im Rahmen des Verfahrens der Prüfung der Wirtschaftlichkeit und der Qualität der Leistung nach § 128 SGB IX sind die in § 24 Abs. 3 BremlRV SGB IX geforderten Berichtsunterlagen (Betreuungstage, Personaleinsatz, angewandte Instrumente und Maßnahmen der Qualitätssicherung) bis zum 31.03. des Folgejahres bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport einzureichen. Vgl. Ziffer 7 der Anlage 2 zur Vereinbarung. Sollten sich Anhaltspunkte ergeben, die erhebliche Zweifel an der Leistungsqualität und Wirtschaftlichkeit der Einrichtung begründen, stellt der Leistungserbringer dem überörtlichen Eingliederungshilfeträger auf Anforderungen weitergehende, zur sachgerechten Beurteilung notwendige und geeignete Prüfungsunterlagen zur Verfügung und erteilt auf Anfrage entsprechende Auskünfte.

6. Sonstiges

6.1. Bei Unwirksamkeit einer Bestimmung dieses Vertrages verlieren die übrigen Bestimmungen ihre Wirksamkeit nicht. Eine unwirksame Regelung ist von den Vertragsparteien durch eine wirksame zu ersetzen, die der unwirksamen in ihrer Auswirkung möglichst nahe kommt. Im Übrigen gelten die Vorschriften der §§ 53 ff. des Zehnten Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) über den öffentlich-rechtlichen Vertrag.

6.2. Die Anlagen 1 – 3 sind Bestandteil dieser Vereinbarung.

6.3. Dieser Vertrag unterliegt dem Bremer Informationsfreiheitsgesetz (BremIFG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des BremIFG im elektronischen Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem BremIFG sein.

Geschlossen: Bremen im Oktober 2025,

**Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend,
und Integration**

Im Auftrag

Leistungserbringer

Anlagen:

- 1 Leistungstyp
- 2 Kostenträgerblatt vom 1.11.2025-31.10.2026
- 3 Trägerindividuelles Konzept von August 2021

